

## *Rückblick 2009:* **Wiederentdeckung des ländlichen Raums?**

Neue Funktionszuschreibungen in Zeiten der Krise

von Ulf Hahne

Ländliche Räume, jahrelang als disfunktional und peripher für die globale Wirtschaft titulierte, erhalten wieder zunehmende Aufmerksamkeit, weil sie Lösungsbeiträge für die multiple(n) Krise(n) der Gegenwart versprechen. Die Hinwendung zur Region ist dabei nicht nur ein Reflex der aktuellen Globalisierungskrise des Jahres 2009. Vor allem rücken die Funktionen Energie und Klimaschutz in den Vordergrund: Um die Energiekrise zu bewältigen, sollen ländliche Räume Flächen für die Energieerzeugung bereitstellen und Biomasse für erneuerbare Energien anbauen. Und ländliche Räume sollen zur Minderung und Bindung der klimaschädlichen Gase beitragen, dabei vor allem als Senken und künftig auch als Lagerstätten für Kohlenstoffdioxid ihren Klimabeitrag leisten.

### **Multiple Krise und neue Aufgaben**

Die Globalisierung mit ihrem enormen Anstieg der Finanz- und der Handelsströme überließ den ländlichen Räumen mehr und mehr nur noch unproduktive Restfunktionen, doch Klima- und Energiekrise fordern ihnen nun neue Aufgaben ab, um als Reparaturbetrieb des fossilistischen Kapitalismus zu dienen. Ländliche Räume werden in dieser multiplen Krise wiederentdeckt, weil sie den Energieengpass reduzieren können. Damit lässt sich der gewohnte, mobilitäts- und energieintensive Lebensstil westlicher Art (zumindest länger) aufrechterhalten. Noch besser: Ländliche Regionen können mit regenerativen Energien sowie mit Weiterentwicklung ihrer ökologischen Funktionen zur Klimaentlastung beitragen und als CO<sub>2</sub>-Senke dienen. Und wenn es technisch möglich wird, sollen sie gar zur Endlagerung von CO<sub>2</sub> herangezogen werden. Entsprechend müssen ländliche Räume auch die Lasten tragen ... Bevor darauf eingegangen wird, die Gegenfrage: Gibt es Erträge für die ländlichen Räume?

*Hilfe vom Land*

### **Vorreiter sein: 100 % Erneuerbare-Energie-Regionen**

Ländliche Räume können Vorreiter einer Bewegung werden, die schon hunderte von Kommunen in Deutschland (und anderswo) erfasst hat: Die Idee, sich selbst zu 100 Prozent aus erneuerbaren

Energien zu versorgen, greift mehr und mehr um sich. Ein erster, gut besuchter bundesweiter Kongress befasste sich im Juni 2009 in Kassel mit diesem Thema. Dabei überzeugt vor allem das ökonomische Argument: Statt die Profite ferner Energieversorger zu mehren und das für den Energieverbrauch aufzuwendende Geld aus der Region abfließen zu lassen, könnte es genauso gut vor Ort verbleiben und lokalen Betreibern zugute kommen. Zugleich wird durch den Umstieg auf erneuerbare Energien ein wichtiger Beitrag für die Erreichung der anstehenden ökologischen Ziele geleistet.

#### *Wertschöpfung in der Region halten*

### **Wer profitiert?**

Die Wertschöpfung kann dabei nicht nur durch lokale Dienstleistungen in der Energiebereitstellung, sondern auch durch dezentrale lokale Erzeugung in die Region zurückgeholt werden. Hierfür bieten gerade die erneuerbaren Energien geeignete technische Möglichkeiten durch dezentrale Anlagen. Ob allerdings die Erträge der Erzeugung in der Region bleiben, hängt nicht nur vom Standort der Erzeugung (Pachteinnahmen), sondern auch vom Standort der Betreiber (Gewerbesteuer) und dem der Anteilseigner (Gewinnausschüttungen) ab.

Einzig bei der Windkraft gibt es seit Beginn des Jahres 2009 eine klare Aufteilung der Gewerbesteuer zwischen Standortgemeinde und Betriebsitzgemeinde (70 zu 30). Noch besser ist es folglich, wenn beide Gemeindestandorte zusammenfallen. Bei den anderen erneuerbaren Energien fehlt diese Regelung, so dass noch stärker auf das Betreiberkonzept geachtet werden sollte, damit nicht nur einzelne Grundbesitzer, sondern die Gemeinschaft der Bürger insgesamt profitiert. Hier bieten sich, den Beispielen der Bürgerwindparks folgend, Modelle des Bürgerkapitals an.

#### *Rekommunalisierung der Energieversorgung*

### **Zurück in kommunaler Hand**

Eine andere Variante stellt die Rekommunalisierung der Energieversorgung dar, bei der die kommunalen Wirtschaftsbetriebe selbst die Energieerzeugung wieder übernehmen. Auch hierfür gibt es inzwischen viele Beispiele. Wo Einzelorte zu klein und zu finanzschwach sind, wird bereits über interkommunale Stadtwerke nachgedacht. Da vielfach die Konzessionsverträge der Kommunen mit den großen Energieversorgungsunternehmen auslaufen, eröffnet sich eine günstige Gelegenheit, aus dieser Bindung auszusteigen. Dabei kann man auch über die Rekommunalisierung der Leitungsnetze nachdenken, um die Verfügungsgewalt in die kommunale Hand zurückzulegen. In jedem Falle sollten Kommunen aber überlegen, keine langfristigen Konzessionsverträge mehr einzugehen (übliche Laufzeit bisher 20 Jahre), sondern kürzere Laufzeiten zu vereinbaren, um das „Fenster der Gelegenheiten“ bei sich weiter entwickelnden Technologien bald wieder öffnen zu können.

Auch das häufig vorgebrachte grundlegende Argument, Wind und Sonne seien nicht immer verfügbar, so dass Grundlastkraftwerke mit traditionellen Energieträgern weiter bestehen müssten, verfährt nicht mehr: Es ist heute problemlos möglich, intelligente Energiesysteme, bestehend allein aus dezentralen, erneuerbaren Energien, als virtuelle Kraftwerke zusammenzuschließen. Die Deutsche Umwelthilfe hat mit ihrem Umweltpreis im Oktober 2009 diese Forschungen am Institut für Solare Energieversorgungstechnik in Kassel ausgezeichnet und publik gemacht.

#### *Ausbau der Erneuerbaren – Chance für ländliche Regionen*

### **Großstadt München mit dabei**

Das Ziel, „100 % Erneuerbare-Energie-Kommune“ zu werden, setzen sich auch Kommunen und Regionen, welche selbst nicht genügend Flächen zur Erzeugung zur Verfügung haben. So hat als erste deutsche Großstadt die Stadt München das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2015 den Stromverbrauch der privaten Haushalte zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewährleisten (die Unternehmen sollen bis 2025 folgen). Bei der Erzeugung ist die Stadt weitgehend auf ländliche Regionen angewiesen – eine Riesenchance für die ländlichen Räume!

In vielen ländlichen Bereichen ist das Ziel „100 Prozent für die Eigenversorgung“ folglich nur eine erste Zielmarke, aber keine sinnvolle Begrenzung nach oben, wenn diese Regionen weit über den eigenen Bedarf hinaus Energie erzeugen können. Allerdings sollte in jedem Fall sehr genau geprüft werden, welche Auswirkungen der Ausbau der Erneuerbaren auf Ökologie, Landschaftsbild, Pachtpreise und regionale Wertschöpfung hat. Das Vorantreiben der Erneuerbaren ist jedoch weiter dringend nötig, um Klimaschutzziele zu erreichen – eine weitere notwendige Strategie liegt im Energiesparen und der Erhöhung der Energieeffizienz. Die potenzielle Entlastung durch das

Projekt „Desertec“, also die Erzeugung von Solarstrom in der afrikanischen Wüste, kann nicht nur wegen der neuen risikobehafteten Abhängigkeiten nicht überzeugen, sondern ist auch nicht ausreichend, weil im besten Fall nur 15 Prozent des europäischen Energiebedarfs im Jahr 2050 durch Desertec abgedeckt werden könnten. Daher müssen auch bei uns die erneuerbaren Energien rasch und dauerhaft weiter ausgebaut werden. Der Idee der „100 % Erneuerbare-Energie-Regionen“ ist der richtige Ansatz, um viele Regionen zu Anstrengungen anzuregen.

## Einlagerung von CO<sub>2</sub> – neues Damoklesschwert

Preisanstiege in der Energieversorgung und Verschärfung des Klimawandels führen auch zu Ideen, das fossilistische und atomare Zeitalter der Energieversorgung zu verlängern. Neben der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke sind auch die Kohlekraftwerksbetreiber auf eine Verlängerungsidee gekommen: Ihr Vorschlag zielt darauf, das bei der Verbrennung entstehende klimaschädliche Kohlenstoffdioxid herauszufiltern, zu verflüssigen und unterirdisch zu lagern. Ein Testbetrieb im brandenburgischen Ketzin (für nur 60.000 Tonnen CO<sub>2</sub>) ist im Sommer 2009 angelaufen.

*Neue Technik ...*

Als Lagerstätten für CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage) sollen unterirdische Kavernen, insbesondere leere Gasfelder und saline Aquifere mit geeigneter Schichtabdeckung nach oben genutzt werden. Als in Frage kommende Regionen wurde vor allem eine Fläche von 270 Quadratkilometern im Norden Schleswig-Holsteins diskutiert. Die dort aufkommenden Massenproteste und eine breite Bürgerbewegung haben zunächst eine – auch „experimentelle“ (man kennt das Endgültige des Vorläufigen aus Gorleben und der Asse) – Einlagerung verhindert. Das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag wurde im Sommer vor der Bundestagswahl gestoppt, die Frage wird sicher bald wieder auftauchen.

*... wieder eine End-of-Pipe-Technologie!*

Die Technologie ist allerhöchstens als Brückentechnologie ins Solarzeitalter anzusehen, weil sie weder das Problem der Emissionsreduktion löst noch die unterirdischen Lagerkapazitäten sehr groß sind und lange reichen. Weitere Schwachstellen sind Leckagen, so dass das Gas durch das Deckgestein wieder entweicht, sowie der Transport des Gases, der entsprechende Pipelines voraussetzt. Eine weitere Hürde sind eigentumsrechtliche Fragen.

*... altes Paradigma*

Schließlich ist klar, dass eine derartige „End-of-Pipe“-Technologie zur Verlängerung der kohlebasierten Kraftwerke beiträgt – und damit den Ausstieg zu Lasten von Klima und erneuerbaren Energien verzögert. Es kommt hinzu, dass die Speicherorte auch für andere Nutzungen infrage kommen, etwa die Energiespeicherung von Windenergie und Photovoltaik. Ferner würde wiederum Fläche im ländlichen Raum für Landwirtschaft und Natur verloren gehen, weil die unterirdischen Kavernen einem auch oberirdischen Monitoringsystem unterzogen werden müssten.

## Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch erhält also neue Nahrung, noch mehr allerdings durch den täglichen Verbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Da wird dann immer gern auch auf die kleineren Siedlungseinheiten geschimpft (und eine Gleichsetzung mit dem ländlichen Raum impliziert), weil sie statistisch belegt die größten Zuwächse an Flächenverbrauch in Deutschland aufweisen. Gleichwohl: Auch eine neue Untersuchung im Auftrag des Umweltbundesamtes (1) belegt, dass weiterhin zwei Drittel der gesamten Flächenneuinanspruchnahme im Bereich der Großstädte und ihrem suburbanen Gürtel (bis 40 Kilometer Pendlereinzugsdistanz) erfolgt. Und es wäre hinzuzufügen, dass ein Teil des „ländlichen“ Flächenneuverbrauchs auf der Schaffung von leistungsfähigen Verkehrsstraßen für die Verknüpfung der großen Zentren beruht.

*Flächenverbrauch im Koalitionsvertrag*

Unabhängig davon ist der Flächenverbrauch neben den Klimazielen das am stärksten verfehlte Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der (ehemaligen) Bundesregierung. Gerade ländliche Räume

tragen durch fehlende Kostenwahrheit bei der Wohn- und Gewerbegebietsausweisung in erheblichem Maße zum Flächenverbrauch bei – und fahren eine Doppelstrategie der Innenentwicklung und des Ausweisens neuer Baugebiete (und dies sogar in Schrumpfungsräumen!). Die neue Bundesregierung möchte laut Koalitionsvertrag hier etwas tun, so heißt es: „Wir werden einen Maßnahmenkatalog zur Reduzierung des Verlusts landwirtschaftlicher Nutzflächen vorlegen und den Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch Siedlung, Verkehr oder ökologische Ausgleichsflächenregelungen eindämmen.“ Es wird sich zeigen, was tatsächlich geschieht. Einen radikalen Vorschlag zum Umgang mit Grundeigentum unterbreitet Ulrich Kriese in seinem Beitrag „Weniger Menschen – weniger Fläche?“ in diesem Kapitel des Kritischen Agrarberichts.

## Handlungskonzept der Bundesregierung für die ländlichen Räume

Im Mai 2009 legte die Bundesregierung ein interministeriell abgestimmtes, unter Federführung des Bundeslandwirtschaftsministeriums erarbeitetes „Handlungskonzept der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume“ vor. Das schmale Papier (29 Seiten) wurde in über einem Jahr Abstimmungsarbeit zwischen den beteiligten Ressorts zu einem Schrumpfprodukt. Dank zahlreicher Überarbeitungen und Kürzungen enthält es am Ende nur wenige Überraschungen, aber leider auch althergebrachte Fixierungen. Beginnen wir mit den Überraschungen.

### *Ländliche Räume – als Politikfeld wiederentdeckt*

Die erste Überraschung lautet: Die Bundesregierung kümmert sich ressortübergreifend um ländliche Räume. Diese stellen plötzlich wieder ein Handlungsfeld der Bundespolitik dar. Dies überrascht alle Beobachter, welche den Verlautbarungen des nationalen Stadtentwicklungsministeriums (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) in den letzten Jahren aufgesessen waren: Dort veranlasste Publikationen und Verlautbarungen hatten den Begriff „ländliche Räume“ aus den Raumgliederungen getilgt. Diese Raumgliederungen teilten die Welt in „Metropolräume“ und „Periphereräume“ und stellten zentral auf Erreichbarkeitskriterien in einer auf Metropolen ausgerichteten Wirtschaftswelt ab. Andere Funktionen und Aufgaben (wie Ökologie, Klimaschutz oder attraktiver Lebensraum) spielten keine Rolle (2).

**Überraschend und  
enttäuschend**

Die zweite – und dann nicht unbedingt erfreuliche – Überraschung lautet: Zwar ist das Bundeslandwirtschaftsministerium federführend, doch im Vordergrund finden sich Maßnahmen der regionalen Wirtschaftspolitik – vom Konjunkturpaket II als kurzfristigen Maßnahmen bis zu den Regelungen der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Erst danach finden sich Hinweise zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie anschließend Themenbereiche, welche für die Zukunftsentwicklung ländlicher Räume wichtig sind wie Breitbandförderung, Sicherung des Daseinsvorsorge, Bildung, verbesserte Betreuungs- und Mobilitätsangebote, medizinische Versorgung etc.

### *Ein Maßnahmenkatalog – kein Konzept*

Das „Konzept“ insgesamt erstaunt dadurch, dass es einen Maßnahmenkatalog und somit kein politisches Konzept enthält. Nach Jahren des Erprobens von LEADER und dem Auslaufen des Modellvorhabens „Regionen aktiv“ reibt man sich verwundert die Augen: Mit keinem Wort wird darauf eingegangen – auch Konsequenzen für die künftige Förderpolitik werden nicht gezogen. Stattdessen strebt man nur die „Intensivierung der Gespräche mit den Ländern über die Umsetzung der aus laufenden Modellvorhaben gewonnenen Erkenntnisse“ an. Ein Konzept, das gezielt vorgeht, klare Ziele und Strategien benennen kann, liest sich sicher anders.

**Ohne Ziele  
und Strategien**

Während die EU mit der neuen Förderperiode den ersten Schritt getan hat, um die Entwicklung ländlicher Räume zu einem eigenständigen Politikbereich zu erheben und dafür einen eigenen Fonds geschaffen hat (ELER), verharrt die nationale Politik für die ländlichen Räume dabei, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) weiterhin als das zentrale Instrument zur Umsetzung der EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zu betrachten. Ein eigenständiger Fonds wie auf EU-Ebene ist also nicht in Sicht.

Schlimmer noch: Einige der Maßnahmen, welche die EU vorsieht, finden sich in der GAK nicht, die Allianz mit der Agrarpolitik führt immer wieder zu Missverständnissen (Beispiel: „Dorferneuerung nützt den Bauern nichts“); von einer regionalen, auf Gebiete ausgerichteten Politik ist die GAK aber auch wegen verfassungsrechtlicher Grenzen weit entfernt. Stattdessen hat offenbar eher die regionale Wirtschaftspolitik Elemente der Bottom-up-Entwicklung und Förderung von Regionalinitiativen übernommen.

## Neue experimentelle Elemente zur Regionalentwicklung

Neue und auch experimentelle Elemente, die den ländlichen Regionen zugute kommen, hat dagegen die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit Wirkung zum 1. Oktober 2008 aufgenommen:

- „Das GRW-Fördergebiet wird entsprechend den für die Auswahl von GRW-Fördergebieten generell geltenden Kriterien um eine zweite Fördergebietskulisse mit besonderer Berücksichtigung strukturschwacher ländlicher Regionen erweitert. In dieser zweiten Gebietskulisse wird neben der gewerblichen Investitionsförderung für KMU (3) auch die Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, die Förderung des Regionalmanagements und Clustermanagements, die Förderung ‚Integrierter Regionaler Entwicklungskonzepte‘ sowie die Förderung nicht-investiver Maßnahmen aus GRW-Mitteln ermöglicht.“
- „Strukturschwache Regionen werden stärker in die Lage versetzt, eigenständig Projekte durchzuführen. Diese müssen der Stärkung regionsinterner Kräfte, der Verbesserung regionaler Kooperationen, der Mobilisierung regionaler Wachstumspotenziale, der Initiierung regionaler Wachstumsprozesse oder dem Regionalmarketing dienen. Für diesen Zweck wird die GRW um den Fördertatbestand ‚Regionalbudget‘ erweitert. Hier können die Länder Regionen, die über ein funktionierendes Regionalmanagement und/oder ein tragfähiges integriertes regionales Entwicklungskonzept verfügen, ein Regionalbudget in Höhe von bis zu 300.000 Euro pro Jahr zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen. Das Regionalbudget wird zunächst als Modellprojekt mit Befristung auf fünf Jahre eingeführt.“

**„Regionalbudget“  
für Regionen**

Da reibt man sich im ländlichen Raum verwundert die Augen: Sind dies nicht vor langer Zeit geforderte Teilelemente einer eigenständigen ländlichen Regionalentwicklung, wie sie vor mehr als zwei Jahrzehnten zunächst von einzelnen Initiativen und Akteuren vorgebracht, dann in Österreich seit 1981 in einem Sonderprogramm des Bundeskanzlers gefördert wurden, ehe sie im Bereich LEADER von der EU als Experimentierprogramm 1991 eingeführt wurde. Und war das „Regionalbudget“ nicht eines der produktiven Missverständnisse der Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen in den 1980er-Jahren (4)? Und existiert das Regionalbudget nicht bereits im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, um Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen (5)?

Was die Beobachter der Szene aber am meisten verwundern sollte ist: Wieder einmal kommen die Anregungen nicht aus dem Bereich der Politik für ländliche Räume, sondern aus dem Wirtschaftsministerium. Es zeigt, wie wenig Bewegung in den Ministerien für die ländlichen Räume ist. Man kann sich vorstellen, dass der Begriff der „Regionen“ in den Wirtschaftsministerien der Länder wieder ganz anders gesehen wird als er in der ländlichen Regionalentwicklung verstanden wird. Da wird es Länder geben, die sehr große Regionen einer regionalisierten Strukturpolitik ausweisen werden (6), während andere (Bayern) auf kleinste Raumeinheiten des Zusammenwirkens weniger Kleingemeinden abstellen dürften. Und die Maßnahmen werden in den Wirtschaftsressorts eher für die großen Betriebe und Infrastrukturen eingesetzt, weniger aber für neue innovative Vernetzungen von Kleinbetrieben oder die Verbesserung kurzer Wege und kleiner Infrastrukturen (etwa Breitbandverkabelung) in ländlichen Räumen. So deuten die ersten Umsetzungshinweise zum GRW-Regionalbudget aus Niedersachsen darauf hin, dass es vor allem zur Beschleunigung traditioneller Entwicklungsvorhaben – wie der Erschließung von Gewerbegebieten – dient (7).

**Wirtschafts-  
ministerium  
federführend**

Da verwundert auch diese Aussage im Koalitionsvertrag nicht: „Wir werden dafür insbesondere die Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der

Agrarstruktur sowie weitere Infrastrukturmaßnahmen zur Unterstützung der ländlichen Regionen ausbauen und verstärkt gemeinsam zielorientiert einsetzen.“ Eine Vernetzung der Politikbereiche im Sinne einer wirklich integrierten ländlichen Entwicklung sähe anders aus!

### **Strukturschwache Regionen – fördern oder aufgeben?**

Interessant ist der Prüfauftrag, ob nicht einzelne spezifische Förderprogramme auf strukturschwache ländliche Regionen konzentriert oder mit einer höheren Förderquote versehen werden könnten. Dies bezieht – immerhin – Stellung gegen das vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung im Jahr 2009 erneut vorgebrachte Statement, „manche Regionen sind nicht förderbar“. Gleichwohl nützen Prüfaufträge nichts, wenn nicht auch Taten folgen.

*„Manche Regionen sind nicht förderbar“*

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat in einem Gutachten für das Bundesministerium für Stadtentwicklung erneut vorgeschlagen, Regionen ohne Perspektive „verloren“ zu geben und nicht weiter zu fördern. Dies soll Regionen treffen, „denen sowohl die motivierten Akteure fehlen als auch die ausgebildeten, zur Innovation fähigen Bürger. Regionen, in denen nichts investiert wird und auch keine Investitionen zu erwarten sind und die darum kaum Chancen zur Entwicklung haben“ (8). Ein weiteres Argument lautet, dass diese Regionen wegen der Aufwendungen für die soziale Infrastruktur mehr kosten als sie einbringen. Diese Erkenntnis mag für die Autoren neu sein, doch Fläche und dünne Besiedelung erzeugen nun einmal höhere Transport- und Bedienungskosten, wie die klassische Ökonomie schon seit Thünen (1826) weiß.

Der populistische Vorschlag schlug hohe Wellen, doch die Benennung entsprechender Regionen blieb aus. Und schließlich verstrickt sich das Gutachten selbst in Widersprüche: So fordert es einerseits die Aufgabe dieser Regionen und eines angeblich vorhandenen „Gleichstellungsanspruchs“, während andererseits in den betroffenen Regionen doch Grundlagen der „existenziellen Daseinsvorsorge“ wie Notfallrettung, gesundheitliche Versorgung, polizeiliche Sicherheit und ein leistungsfähiges Telekommunikationsnetz aufrecht zu erhalten seien. Genau dies sind aber wesentliche Elemente des Anspruches „gleichwertiger Lebensverhältnisse“, wie es das räumliche Sozialstaatsprinzip vorsieht.

Was im Anspruch der Mindestversorgung von den Autoren nicht genannt wird, ist die Bildung. Bildung gehört zur Basis menschlicher Entwicklung und zum zentralen Anspruch der Gleichwertigkeit. Dass dieses zentrale Thema im Fazit des Berichts ausgeklammert wird, während im Maßnahmenteil der Vorschlag der Zwergschulen ausführlicher behandelt wird, zeigt, dass den Autoren wenig an Lösungen, viel aber an Populismus liegt.

**Regionen  
ohne Perspektive?**

**Wenig Lösungen –  
viel Populismus**

### **Forderungen an die neue Bundesregierung**

Ganz anders lauten die Forderungen von Verbänden und Initiativen an die neue Bundesregierung in den Bereichen von Klimaschutz, biologischer Vielfalt, flächendeckender Energieversorgung, Sicherung der Daseinsvorsorge und wirtschaftlicher Entwicklung. Für all diese Bereiche kommt ländlichen Räume eine zentrale Zukunftsfunktion zur gesamtgesellschaftlichen Zielerreichung zu. Dieses kann nur durch eine stärkere Integration und Zielausrichtung der Politikbereiche erreicht werden.

Aktuelle Forderungen zur Zusammenführung der Sektorpolitiken finden sich unter anderem in folgenden Dokumenten:

- Memorandum verschiedener Ökonomen und Wissenschaftler „Ökonomie für den Naturschutz. Wirtschaften im Einklang mit Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt“ (9),
- Empfehlungen des Bundesamtes für Naturschutz „Klimawandel, Landnutzung und Biodiversität – Chancen erkennen – Synergien nutzen“ (10),
- Deutsche Umwelthilfe: Eckpunkte für ein Biodiversitätsgesetz (11),

- Deutscher Landkreistag: Forderungen des Landkreistages an Bundestag und Bundesregierung (12).

## LEADER-Umsetzung in Deutschland

Zu wenig Bewegung gibt es auch bei der Umsetzung von Leader und ländlicher Regionalentwicklung in der neuen Förderperiode der EU. Hier kommt das „Mainstreaming“ von LEADER geradezu dem Abwürgen von Innovation und integrierter ländlicher Entwicklung gleich. Dazu haben mehrere Entwicklungen beigetragen:

### *Wenig Bewegung*

- Zunächst ist vielen Akteuren erst mit Verzögerung klar geworden, dass LEADER in ELER keine Fortsetzung von LEADER+ bedeutet, sondern deutlich restriktiver angelegt ist. Die thematische Enge drückt sich in der Verknüpfung mit den anderen ELER-Schwerpunkten aus.
- Die Verknüpfung von Einzelfördermöglichkeiten (aus den anderen Schwerpunkten, insbesondere Schwerpunkt 3) mit der LEADER-Methode hat zu viel Unverständnis vor Ort geführt: Warum soll ein Antrag im Rahmen der Dorfentwicklung oder eine einzelbetriebliche Förderung über die Regionalen Aktionsgruppen behandelt werden? Der Umweg über die Abstimmung in der Regionalen Aktionsgruppe erscheint bürokratisch und unsinnig, wenn der Förderantrag doch einfacher direkt mit der zuständigen Fachbehörde erörtert werden könnte. Viele Länder sind längst wieder bei der Einzelförderung, zum Teil verbrämt über einen „landesweiten Wettbewerb“ von „Leuchtturmprojekten“ angelangt, bei welchem das jeweilige Regionale Entwicklungskonzept (REK) keine Rolle mehr spielt.
- Auch ist vom integrierten Ansatz, der zielorientiert aus dem gemeinsam vor Ort erarbeiteten REK entwickelt ist, nicht viel übrig geblieben, weil die Förderrichtlinien vieler Länder die innovativen Konzepte und viele der angedachten Projekte der REKs kaum mehr als förderfähig zulassen.
- Was in LEADER als „innovativ“ für die Regionen angesehen wird, ist nach den jeweiligen Einzelförderrichtlinien häufig nicht förderfähig. Ausweichmöglichkeiten könnte hier eine LEADER-Richtlinie schaffen, wie es Bayern vorgemacht hat (13).
- Ein weiteres Manko ist die geringe Personalausstattung der LEADER-Aktionsgruppen vor Ort: Eine Kurzbefragung im Frühjahr 2009 hat erbracht, dass fast jedes dritte Regionalmanagement aus Einzelkämpfern besteht. Qualifikation und Fortbildung fallen dann natürlich als erstes dem knappen Zeitbudget zum Opfer (14).
- All dies führt auch dazu, dass der Bereich der nationalen und internationalen Vernetzung für viele Regionen nachrangig behandelt wird. Der Aufwand ist groß und die resultierenden Projekte müssen in die engen Korsette der jeweiligen Förderrichtlinien passen. Im internationalen Bereich bietet sich die Kooperation im wesentlich offeneren und fiskalisch besser ausgestatteten Programm INTERREG an.

### *Innovationen nicht förderfähig*

### *Zu wenig Personal*

Immer weniger Regionen (und Regierungen) ist der Mehrwert von LEADER noch recht deutlich. Da wäre es gut – wie der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung andenkt –, Anstrengungen zu unternehmen, den methodischen Schwerpunkt 4 von ELER, also die „LEADER“-Achse, zu „stärken“. Welcher Art diese „Anstrengungen“ aussehen könnten, wird nicht gesagt. Hinweise dazu finden sich aber oben.

## Die Fachbeiträge dieses Kapitels

Neue Gründer braucht das Land. Und es braucht neue Gründerinnen! Um diese geht es im Beitrag von Claudia Busch. Warum machen sich Frauen in ländlichen Räumen selbstständig, was bewegt sie, ist es klassisches Gewinnstreben oder eine andere persönliche Motivation? Und wie stark richten sich Gründerinnen auf die lokalen und regionalen Bedingungen aus und schaffen neue Märkte? Claudia Busch bietet Antworten aus einem Forschungsprojekt der Agrarsozialen Gesellschaft.

Der zweite Fachbeitrag greift das Schwerpunktthema dieses Kritischen Agrarberichts auf. Ulrich Kriese formuliert einen kritischen und radikalen Ansatz zur Eindämmung des Flächenverbrauchs.

#### Anmerkungen

- (1) G. Schiller, J.-M. Gutsche und S. Siedentop (2009): Von der Außen- zur Innenentwicklung in Städten und Gemeinden. Das Kostenparadoxon der Baulandentwicklung. Umweltbundesamt. Texte 31/2009. Berlin.
- (2) Siehe hierzu ausführlicher meinen Jahresrückblick im Kritischen Agrarbericht 2009, S. 157 ff.
- (3) KMU = Kleine und mittelgroße Unternehmen.
- (4) Vgl. U. Hahne (2009): Bloß nicht nach Lodz! Ein Essay über Erfolgswege eigenständiger Regionalentwicklung. In: Autorenkollektiv (Hrsg.): Gegenwind aus Ostfriesland. Bäuerliche Landwirtschaft und Agrarpolitik. Ein Buch von und für Onno Poppinga. – Kassel/Witzenhausen/Hamm, S. 240–250.
- (5) Zum Beispiel in Brandenburg, siehe <http://www.lasa-brandenburg.de/Regionalbudget.45.0.html>.
- (6) Siehe dazu beispielsweise: [http://www.nbank.de/\\_downloads/Aktuell/08\\_InstrumentRegionalbudget.pdf](http://www.nbank.de/_downloads/Aktuell/08_InstrumentRegionalbudget.pdf).
- (7) [http://weser-ems.business-on.de/roesler-fuehrt-regionalbudget-fuer-regionale-projekte-und-netzwerke-ein\\_id4603.html](http://weser-ems.business-on.de/roesler-fuehrt-regionalbudget-fuer-regionale-projekte-und-netzwerke-ein_id4603.html).
- (8) Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Berlin.
- (9) Memorandum: Ökonomie für den Naturschutz. Wirtschaften im Einklang mit Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt. Greifswald, Leipzig, Bonn, August 2009 ([http://www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/themen/oekonomie/Memo\\_OekNaturschutz.pdf](http://www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/themen/oekonomie/Memo_OekNaturschutz.pdf)).
- (10) [http://bfn.de/fileadmin/MDb/documents/themen/landwirtschaft/2009-10-07-pos-papier-kernpunkte\\_Klimawandel\\_landnutzung.pdf](http://bfn.de/fileadmin/MDb/documents/themen/landwirtschaft/2009-10-07-pos-papier-kernpunkte_Klimawandel_landnutzung.pdf).
- (11) [http://www.duh.de/pressemitteilung.html?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=1896](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?tx_ttnews%5Btt_news%5D=1896).
- (12) Starke Landkreise sind gut für Deutschland. Forderungen des Deutschen Landkreistages an Bundestag und Bundesregierung. Berlin 2009.
- (13) Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Leader-Förderrichtlinie, Fassung Nr. E3/c-7020.2-2651 vom 1. September 2009.
- (14) Qualifizierung? Ja, bitte – aber wann? In: LandInForm 2/2009, S. 5.

---

#### Autor

*Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne*  
Fachgebiet Ökonomie der Stadt-  
und Regionalentwicklung.

Universität Kassel FB 06  
(Architektur, Stadtplanung,  
Landschaftsplanung)  
Henschelstr. 2  
34127 Kassel  
E-Mail: [hahne@uni-kassel.de](mailto:hahne@uni-kassel.de)

